

Volkstimme

Einzelpreis 2 1/2 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Dautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Karl Panitz, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernruf Nr. 381. — Postzeitungsschein Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 381. — Postzeitungsschein Nr. 2, Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis: Woche vom 1. bis 6. Oktober 13500000 Mark, Abnehmer 13250000 Mark.

Anzeigen-Grundpreise. Die Hauptzeile, 7 Millimeter breite, Nonpareilzeile örtlich 80 Mt., auswärts 100 Mt.; Familienanzeigen und Stellenangebote 4 Mt.; Verordnungsblätter 90 Mt.; die dreizehnlängere, 9 Millimeter breite, Reklamazeile örtlich 420 Mt.; auswärts 540 Mt. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schließzahl des Verlags der Zeitung. Zeitungsverleger ab 1. Okt. 50 000. Der gewöhnliche Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckverrichtungen keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg

Nr. 231.

Magdeburg, Donnerstag den 4. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Die große Koalition gesprengt.

Die Volkspartei stürzt ihren Führer.

Ueber Nacht ist es geschehen. Die Mehrheit der volksparteilichen Fraktion hat am Dienstag mittag eine scharfe Rechtsabweichung vollzogen. Sie hat unerfüllbare Bedingungen für das Programm der Regierung gestellt, das am Dienstag nachmittag im Reichstag verlesen werden sollte, und damit zunächst erreicht, daß ihr eignes Parteimitglied, der Wirtschaftsminister von Kaumer, zurückgetreten ist. Eine teilweise Erneuerung des Kabinetts Stresemann war damit schon erreicht. Die weiteren Verhandlungen brachten in der Nacht zum Mittwoch das ganze Ministerium Stresemann in die Gefahr, zusammenzustürzen.

Was will die Volkspartei?

Ihr neuer Fraktionsführer Scholz hat in der ersten Besprechung nach der „Vossischen Zeitung“ folgende Forderungen für die Regierungserklärung aufgestellt:

1. daß das Ermächtigungsgesetz, in dem der Reichsregierung weitgehende Vollmachten erteilt werden soll, sich auf Maßnahmen finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Natur erstrecken soll.
2. daß die Produktion wieder auf den Stand der Vorkriegszeit gebracht werden müsse, und daß zur Erreichung dieses Zieles das Arbeitszeitgesetz entsprechend geändert werden müsse. Im wesentlichen läuft dieser Programmpunkt auf die Verringerung des gesetzlich festgelegten Achtstundentags hinaus.
3. Vermeidung eines Konflikts zwischen Reich und Bayern.

Nach dem Zentralorgan der Agrarier, der „Deutschen Tageszeitung“, die der Mehrheit der Volkspartei jetzt recht nahe gerückt ist, gehen die Forderungen wie folgt aus:

1. ein Ermächtigungsgesetz für den Reichskanzler, um auf finanzpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Gebiet diktatorische Maßnahmen zu treffen.
2. Wiedereinführung der Arbeitszeit von 1914.
3. Rücktritt des Wirtschafts-, Finanz- und Ernährungsministers.

Hier ist mit Absicht vergessen worden mitzuteilen, daß Scholz auch noch die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierungskoalition verlangt hat. Nachträglich will er sie nur „angeregt“ haben.

Das Ermächtigungsgesetz soll bis zum 31. März des nächsten Jahres laufen. In ihm sollen der Regierung diktatorische Rechte verliehen werden, den Achtstundentag abzuschaffen, die sozialen Gesetze abzubauen, die Arbeiterrechte zu verkürzen oder gänzlich zu streichen. Das Recht, solche Änderungen oder Streichungen vorzunehmen, würde jede Regierung erhalten, die der jetzigen bis zum 31. März folgen sollte. Es ist nicht gesagt, daß in jeder kommenden Regierung Sozialdemokraten sitzen. Es ist sogar nach dem jetzigen Auftreten der Volkspartei damit zu rechnen, daß rein bürgerliche Ministerien kommen würden. Danach würde auch eine rein bürgerliche Regierung das Recht erhalten, mit den verbliebenen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechten gründlich aufzuräumen. Jede rein bürgerliche Regierung würde unter das Diktat Helfferichs kommen, wie wir das hinlänglich bei dem Kabinett Cuno erlebt haben. Was würde unter dem Befehl der Deutschnationalen also von den Arbeiterrechten wohl übrigbleiben in der langen Frist bis zum 31. März des nächsten Jahres?

Es ist nicht nötig zu erwähnen, daß gegen solche Pläne die

Sozialdemokratie den schärfsten Widerstand

leisten wird. Das ist am Dienstag nachmittag und abend durch den Führer unserer Fraktion in den verschiedenen Besprechungen schon hinreichend betont worden.

Diesen Widerstand haben Scholz und Genossen natürlich vorausgesehen. Sie haben gewußt, daß sie in dem Augenblick, in dem sie ihre Forderungen aus der Pistole schossen, die große Koalition, nach der sie vorher jahrelang sich heifer geschrien haben, in die schwerste Gefahr bringen. Und sie haben es trotzdem getan. Wie erklärt sich das?

Die jetzige Mehrheit der volksparteilichen Fraktion handelt auf

Befehl der industriellen Scharfmacher

in ihren Reihen. Erinnern wir uns, daß nach der Bildung des Kabinetts Stresemann bei dem ersten und bisher einzigen Vertrauensvotum Mitte August ein Drittel der volksparteilichen Fraktion gegen das Ministerium ihres Führers votiert hat, indem sich zwanzig Abgeordnete der Stimme enthielten. Dieser rechte Flügel ist inzwischen auf die Mehrheit, vielleicht zwei Drittel angewachsen. Und diese

Mehrheit hat jetzt die Bombe geladen und geworfen, die der großen Koalition nach noch nicht zweimonatigem Bestehen den Rest geben kann.

Das ist geschehen in engster Fühlung mit den Deutschnationalen. Die monarchistischen Gegenrevolutionäre agrarischen Schlags haben gelockt und die industriellen Gefinnungsgenossen haben sich gern von ihnen überzeugen lassen, daß ein Zusammenarbeiten mit Sozialdemokraten eine Unmöglichkeit ist, wenn man sich vor der Erfassung der Sachwerte, vor wirklichen Opfern für das gepriesene Vaterland retten will. Na und das wollen sie alle, ob Agrarier oder Industrielle oder Großhändler. Krieg und Nachkriegszeit waren nur dazu da, um sie reicher und reicher zu machen, ihre Substanz zu vermehren. Darin soll keine Änderung eintreten. Folglich darf man mit Sozialdemokraten nicht an demselben Regierungstisch sitzen.

Der Diktator Kahr hat in Bayern den Kampf gegen den Marxismus

proklamiert. Und nicht nur proklamiert, er führt ihn in voller Front aller Reaktionen. Er hat die republikanischen Notwehren der Sozialdemokratie aufgelöst, hat das Streikrecht abgeschafft und särgt den Säbel der Arbeiterentrechtung. Das bayrische Beispiel findet die helle Begeisterung unserer Deutschnationalen, deren Parteianhänger eben erst den Münchner Putz injiziert und damit ihren Patriotismus bewiesen haben. Das bayrische Beispiel findet auch die volle Billigung der Mehrheit der volksparteilichen Fraktion. Die preußischen Industriellen wollen ebenso gern und ebenso schnell wie die bayrischen mit der Gleichberechtigung der Arbeiterchaft Schluss machen. Komme was kommen mag. Ihr Klassenvorurteil und ihr persönliches Interesse gelten ihnen weit mehr als der Bestand Deutschlands.

Denn dieser Bestand, der ohnehin gefährdet genug ist, wird durch das verbrecherische Vorgehen der volksparteilichen Scharfmacher auf das ärgste und unmittelbare gefährdet. Bayern hat sich unter stiller Billigung der Gefinnungsgenossen von Scholz faktisch schon vom Reich getrennt. Kahr pfeift auf Reichsgesetze und Reichsbefehle. An der Isar und Donau hat das Reichsministerium nichts mehr zu melden. Nun brechen die volksparteilichen Schlepenträger des Industriekapitals einen neuen schweren Streit vom Zaun; kein Wunder, wenn nunmehr Kahr, Ludendorff und Konjorten ihre Stunde gekommen wähnen und volles Trommelfeuer gegen die Berliner Zentrale eröffnen! Die Volkspartei hat der Reichsregierung den letzten förglichen Rest von Autorität geraubt.

Sinzu kommt noch ein Moment. Wir leben unter dem militärischen Belagerungszustand.

Er ist verhängt worden von dem Kabinett Stresemann, um dem Diktator Kahr seine bayrischen Triumphe aus der Hand zu schlagen. Das ist nicht geschehen. Kahr sitzt fest im Sattel, Stresemann droht dagegen vom Stuhle zu stürzen. Mehr noch! Die Uebertragung der vollziehenden Gewalt an die Reichswehrgenerale kann eine unmittelbare schwere Gefahr werden in dem Augenblick, in dem die parlamentarische Regierung gestürzt wird und eine Rechtsdiktatur ausgerufen würde. Bei den Generalen würde diese schwerlich eine ernste Gegnerschaft finden, und eine parlamentarische Möglichkeit, ihnen die Macht abzunehmen, bestünde dann nicht. Der militärische Belagerungszustand würde dann ohne jede Schwierigkeit, gleichsam reibungslos in den zivilen Belagerungszustand der Diktatoren Helfferich-Ludendorff übergleiten.

Das ist der Plan der deutschnationalen Verdwörer. Die Mehrheit der Volkspartei hat vollauf das Ihre getan, um diese verwegenen Entwürfe zur Reife zu bringen. Ohne ihre Hilfe wären sie taube Mäuse geblieben.

Nunmehr haben wir ernsthaft auch dieser Möglichkeit zu begegnen. Denn die volksparteilichen Scharfmacher ändern sich nicht. Sie wissen genau, was sie wollen, und weichen vom ihrem Wege nicht ab. Schon lassen Unternehmerverbände, die in ihrem Lager stehen, den Beschluß, unter keinen Umständen noch Löhnerhöhungen zu bewilligen. Wo der Dollar auf 400 Millionen geklettert ist und dementprechend die Preise emporschaellen. Aber das alles kümmert diese Totengräber Deutschlands nicht. Sie wollen den Bruch mit der Arbeiterchaft, sie wollen ihre Substanz, sie wollen ihre ergaunerten Reichtümer retten, und wenn darüber das Deutsche Reich zugrunde geht.

Unter diesen Umständen müssen wir die große Koalition für erledigt

halten. Sie ist mit Absicht und Vorbedacht von den Volksparteilern im Auftrag ihrer Kapitalisten gesprengt worden. Sicherlich wird versucht werden, die „letzte verfassungsmäßige Regierung Deutschlands“ — wie Stresemann sie genannt hat — zu leimen und zu flicken. Aber weder Leim noch Zwirn werden halten angesichts der scharfen Spannung, die die Volkspartei herborgerufen hat.

Nur eine Möglichkeit gäbe es, das sonst Unvermeidliche zu verhüten. Die Sprengung der großen Koalition kann nur durch die Sprengung der Volkspartei verhindert werden. Nur wenn Stresemann und diejenigen, die mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wollen, sich von der Mehrheit ihrer Fraktion trennen, ist eine gesicherte Fortdauer der Regierung Stresemann möglich. Aber Stresemann wird der Letzte sein, der diesen Schnitt vollziehen würde. Er wird es mit Kompromissen versuchen, die der nächste Tag wieder auseinanderreißen. Feuer und Wasser lassen sich eben nicht verbinden.

Was aber dann folgen soll, weiß im Augenblick kein Mensch. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist, mit aller Kraft unter voller Disziplin die oben umrissenen Pläne der nationalistischen Verschwörer zu vereiteln.

Wie die Krise heraufzog.

Ueber das allmähliche Werden der plötzlich ausgedrohenen Regierungskrise gibt der „Vorwärts“ auf Grund seiner Kenntnisse der Fraktionsbesprechungen folgendes Bild:

Schon vor einer Woche war das Gerücht verbreitet worden, Stresemann und Kaumer seien in der Fraktion der Deutschen Volkspartei nur mit knapper Mühe und Not einem Misstrauensvotum entgangen; das wurde dann mit aller Entschiedenheit bestritten. Nur die sogenannte Marekly-Gruppe von etwa 14 Mann arbeitete gegen den Reichskanzler und sein Kabinett, die erdrückende Mehrheit stände geschlossen hinter ihm.

Es folgte der Aufruf der „Vaterländischen Verbände“, der die Regierungskrise als schon vollkommen gelöst erklärte und die Bildung einer Reichsregierung unter einem andern Kanzler als Stresemann propagierte. Auch diese Nachricht wurde von den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien in das Reich der Fabel verwiesen. Besprechungen unter ihnen hätten überhaupt nicht stattgefunden. Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Fragen seien nicht vorhanden, eine Krise bestehe nicht.

In der Führerbesprechung aber, die am Dienstag vormittag begann, hielt der neue Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei, Herr Dr. Scholz, eine Rede, die schockartig wirkte und die Wellen der Erregung so weit verbreitete, daß zunächst ein Mitglied des Kabinetts, und zwar der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister v. Kaumer, sein Portefeuille zur Verfügung stellte und der Bestand des Reichskabinetts schon als stark gefährdet erschien.

Die Fraktionen tagten den ganzen Tag. Zwischen durch wurden Führerbesprechungen der Koalitionsparteien abgehalten und über ihr Ergebnis in den Fraktionen berichtet. Die bis in die späten Abendstunden vertagte Reichstagsitzung wurde ganz abgesetzt. Nach einer letzten Führerbesprechung, deren Resultat zweifelhaft war, begab sich der Reichskanzler Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten und legte für 10 Uhr abends eine Kabinettsitzung an, die über Sein oder Nichtsein der Regierung entscheiden sollte.

Zunächst erhebt sich die Frage, was hat Scholz gesagt, was hat er gemeint und was hat er gewollt? Diese Frage wird lebhaft umstritten. Wir können darum zunächst nur darüber berichten, was die bei der Besprechung anwesenden Sozialdemokraten gehört und verstanden haben. Nach ihrem Wahrnehmungsbemögen hat Scholz die Aufnahme von Deutschnationalen in die Regierung verlangt, hat er gegen den Achtstundentag Sturm gelaufen und hat er erklärt, daß seine Fraktion ihre Zustimmung zu dem geplanten Ermächtigungsgesetz von personellen Veränderungen im Reichskabinett abhängig mache. Bei näheren Considerationen stellte sich heraus, daß damit der Reichswirtschaftsminister, der Reichsfinanzminister, und eventuell auch der Reichsernährungsminister gemeint seien, deren Rücktritt verlangt werde.

Die Bombe der Volkspartei.

Der Reichskanzler empfing am Dienstag vor- mittag um 10 Uhr die Führer der Koalitionspar- teien zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage und zur Erörterung der Regierungserklärung.

Zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse wünschte der Reichskanzler ein Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Möglichkeit gibt, in wirtschaftspoli- tischer, finanzieller und sozialer Hinsicht be- stehende Gesetze auf dem Verordnungsweg außer Kraft zu setzen bzw. neue Maßnahmen anzuleiten.

In der anschließenden Debatte gab Genosse Mü- ller seine Zustimmung zu finanziellen Ermächtigungen, be- stritt aber eine derartige Notwendigkeit auch für das Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Nachmittags traten sämtliche Fraktionen der Koalitionsparteien zur Besprechung der durch die Erklärung des Reichskanzlers und des Vertreters der Deutschen Volkspartei in der Parteiführerbesprechung hervorgerufenen neuen Situation zusammen.

Zugeworfen hatten auch die übrigen Koalitionsparteien ihre Beratungen beendet. Sowohl das Zentrum wie die Demokraten hatten beschlossen, grundsätzlich an der großen Koalition festzuhalten.

Die missbrauchten Liebesbriefe.

Erzählung von Gottfried Keller.

(12. Fortsetzung.)

Sie schreibe und soicher Schreit werde ihn aus dem Brüten, in dem er alles getan hatte. Er konnte den Schritt und launische ihm einige Augenblicke, als er aufzuwachen meinte.

zurückgetreten war. Auch auf das Ermächtigungsgesetz verzichtete die volksparteiliche Fraktion nicht.

Was dann geschah.

Die Plenarsitzung des Reichstags, die für Dienstag 8 Uhr angesetzt war, wurde infolge der parlamentarischen Lage zunächst auf abends 8 Uhr verschoben.

Abends 8 1/2 Uhr trat die sozialdemokratische Fraktion erneut zu einer Sitzung zusammen, in der Genosse Hermann Müller über den Verlauf der Verhandlungen mit dem Reichskanzler Bericht erstattete.

Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskanzler führten ebenfalls zu keinem Ergebnis, sondern bergsteigten die Klüfte in der Auffassung der einzelnen Parteien.

Der Reichskanzler begab sich nach Beendigung der Be- sprechung mit den Parteiführern zum Reichspräsidenten, um mit ihm die Lage zu erörtern.

Wie die Volksparteiler zusammenklappen.

Es ist ein jämmerliches Bild, das die Deutsche Volkspartei bietet! Es gibt gewiß in jeder Partei Leute, die irgendwie mit der Politik, welche die Partei treibt, unzufrieden sind und ihrer Meinung auch Ausdruck geben.

Was aber nur in Deutschland und auch hier nur in der Deutschen Volkspartei möglich ist, das ist die Tatsache, daß die Mehrheit der Fraktion Stresemann über Nacht in Marsch-Position macht.

Wenn der Jodel des Aufrufs der sein soll, das deutsche Volk von schädlichen Selbsttäuschungen zu befreien, so kann nur festgestellt werden, daß die Deutschnationalen Volkspartei dabei ist, das deutsche Volk in die gefährlichste Illusion hineinzuführen, die es überhaupt gibt, nämlich in die, daß der Bürgerkrieg das geeignetste Mittel zur Rettung Deutschlands sei.

Das wäre die letzte Selbsttäuschung und das Ende. Aber die Illusionen der Vergangenheit? Wir fragen, wer hat an die verständigungsberreiten Wirtschaftstreffe Frankreichs geglaubt? Der deutschnationalen Reichspartei ist in Gehrt bereits im Oktober 1922 erklärte, daß der Tag gekommen sei, wo wir uns unbeschadet unserer Einstellung zu England und Amerika mit Frankreich über einen gemeinsamen großartigen Plan einigen könnten.

Das Kabinett Cuno, nicht das Kabinett Stresemann. Wer fängt jetzt zu diesen allen abgetanen Illusionen die neue von Retter Bürgerkrieg? Wo steht damit die Einheit des Reiches aufs Spiel, wo uns nur die höchste Einmütigkeit retten kann?

Die Regierung Stresemann, die dem deutschen Volke den ganzen Sommer unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage rückwärtslos enthüllte, die manhaft zum Aufbruch des hoffnungslos gewordenen passiven Widerstandes aufforderte, der Kanzler selbst, der auch bei dieser Gelegenheit vor falschen innen- und außenpolitischen Hoffnungen warnte, sie haben damit maßlos das größte Vertrauen zur Einsicht und zur eignen Kraft des deutschen Volkes betrogen.

Das war am 28. September! Und am 2. Oktober flüchtete die ganze Fraktion vor den deutschnationalen Selbstphrasen zusammen. Sie fordert ein rein bürgerliches Kabinett! Hat man noch immer nicht genug von den Künften der Fehrenbach-Simons und des Selben-Kabinetts Cuno der bürgerlichen „Nachmänner“?

Ein bürgerlich-demokratisches Blatt, die „Berliner Volkszeitung“, sagt der Deutschen Volkspartei daher folgendermaßen die Meinung: „Aus den Beschlüssen der Volkspartei spricht der völlige Mangel an Verantwortungsbewußtsein und ein so auffällendes Fehlen jeder Zügelhaftigkeit, daß man schon von Feigheit sprechen kann.“

Die Regierung Stresemann, die dem deutschen Volke den ganzen Sommer unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage rückwärtslos enthüllte, die manhaft zum Aufbruch des hoffnungslos gewordenen passiven Widerstandes aufforderte, der Kanzler selbst, der auch bei dieser Gelegenheit vor falschen innen- und außenpolitischen Hoffnungen warnte, sie haben damit maßlos das größte Vertrauen zur Einsicht und zur eignen Kraft des deutschen Volkes betrogen.

Die Haltung des Zentrums.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, beschäftigt sich am Dienstag abend mit der Entwicklung der plötzlichen Regierungskrise.

Es muß gelingen, eine Lösung der unkritischen Fragen zu finden und sie wird nach unserer Meinung gefunden werden können, wenn die Prüfung nach rein sachlichen Gesichtspunkten erfolgt und alle parteipolitischen Nebenbetrachtungen und Hülfsversuche nicht gelassen werden.

Hierauf trat eine Stille zwischen die zwei Leute und jedes schien in eigentümliche Gedanken vertieft. Grilli hatte ihren Hut abgelegt und zeigte plötzlich statt der Locken, die dem Schulmeister sonst in die Augen gestochen, ein glänzend plattgestämmtes Haar, einen glänzenden runden Kopf.

zu Zeit wieder um, ob sie ihm auch folge auf dem schmalen Pfad, und immer war sie lächelnd hinter ihm. Da trat sie einmals hinter eine dicke Buche und verbarg sich dort, und als er wieder rückwärts blickte, fand er sie nicht mehr.

Grilli schreute ihn hinüber, küßte ihn und sagte: „So bist Du also einer von den Rechten, bei denen keine Nähe verboten ist!“

Als der Mai gekommen, hielten sie unter blühenden Bäumen eine trübliche Hochzeit. Während sie die Reife machten, lud' er die Tochter in der Gegend für sie ein beträchtliches Landgut, welches sie nach ihrer Rückkehr kauften und bezogen.

Grilli küßte ihn hinüber, küßte ihn und sagte: „So bist Du also einer von den Rechten, bei denen keine Nähe verboten ist!“

Grilli küßte ihn hinüber, küßte ihn und sagte: „So bist Du also einer von den Rechten, bei denen keine Nähe verboten ist!“

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 3. Oktober 1923.

Vom Wochenmarkt. Das letzte Emporsteigen des Dollar...

Für den Pressefonds gingen ein: Ungenannt Groß-Salge...

„Demgemäß muß“... Von heute an kostet im Klein...

Für Alte und Erwerbsbeschädigte. Die Not der Zeit...

Ein Wandlungenstanzert beauftragt der Deutsche Arbeiter...

Laubenbrand. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch...

Die Stüge. Eine angebliche Jda Dit in der Goethestraße...

Ein „geistiger“ Diebstahl. Ein Faß, 123 Liter, Wein...

Sozialistischer Arbeiter-Jugendbund Groß-Magdeburg.

Theater, Konzerte, Vorträge etc.

Stadttheater. Donnerstag (6. Abend): Fidele. — Freitag geschlossen...

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Nothensee. Am Freitag den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr...

Bezirk Westerkümmen. Am Sonnabend den 6. Oktober, abends...

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzleben. Die Anszahlung der Zusatzrente an Kriegserhinterbliebene...

Groß-Otterleben. Die Funktionäre beschloßen, künftig...

Egeln. Eine Parteimitgliederversammlung findet...

Kleine Chronik.

Mit verbundenen Augen in den Abgrund. In Hamburg...

Warenmärkte.

Berliner Produkten-Börse vom 2. Oktober.

Table with columns: Produkte, 50 Kilogramm, 50 Kilogr., 210-220, etc.

Magdeburger Viehmarkt.

Magdeburg, 2. Oktober. Auf dem südlichen Schlacht- und Viehbof...

Wasserstände.

Table with columns: Station, Wasserstand, etc.

Wettervorhersage.

Donnerstag, 4. Oktober: Zumeist wolkig aber unbeständig, kühl, Regenschauer.

Stadtsanftliche Nachrichten.

Stadtsanftliche Nachrichten. Magdeburg, 3. Oktober. Zeitungsblätter...

Magol-Werke Albert Müller, Magdeburg. Bohnerwachs. Jedes Kind kennt es.

Fahrräder. 6 Gatterhühner...

Beize Sogant, Rot u. Weißer...

50 Gramm = 1 Reg...

Metallwaren-Verkauf...

Die Gewinnverträge...

Militärdiktatur oder Friedensrepublik?

Reichstagspräsident Löbe.

Güte Sachlumpen aller Art...

Möbel!

Anschädlich für Rheumatischer...

Größtes Wandlärnconcert...

Ein Urteil über das fabelhafte Oktober-Programm der Libelle!

Zentral. Des Königs Nachbarin...

Biere.

Schmidtchen.

Städtische Theater.

Royal.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. Oktober 1923.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Beleuchtung, Heizung usw.) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den 1. Oktober auf das 40,4-milliardefache der Vorkriegszeit.

Im Anschluß an die neue Markentwertung hat sich das Niveau der Großhandelspreise am 2. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts auf das 84,5-milliardefache des Friedensstandes gehoben und ist gegenüber dem Stande vom 25. September 132,2 v. H. gestiegen.

Die für den Durchschnitt des Monats September berechnete Großhandelsindexziffer ergibt das 23,9-milliardefache des Friedensstandes und ist gegenüber dem Durchschnitt August (944 041) um 2436,8 v. H. gestiegen.

Sollen wir geistig untergehen?

In dieser Zeit der schwersten Not erscheint es so, als sollte das deutsche Volk unter allen wirtschaftlichen Lasten schier erdrückt werden. Aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch in kultureller Beziehung können wir eine täglich zunehmende Gleichgültigkeit wahrnehmen.

Die Buchhandlung Volksstimme kennt die Not der Zeit. Trotz der schwierigen Lage versucht sie es, dem Publikum auch heute noch billige Bücher zu beschaffen. Mit Hilfe der Volksbibliothek und der Katalogabteilungen in Buchmarkt wird jedem Gelegenheit gegeben, größere Bücherkäufe zu tätigen.

Gerade heute wird deshalb mehr Wert auf den Ausbau der Zeitschriften den vorzüglichsten und vor allem Dingen billigen Ersatz. Um so mehr deshalb, weil hierin stets das Aktuellste naturgemäß behandelt werden kann.

Gerade heute wird deshalb mehr Wert auf den Ausbau der Zeitschriften gelegt als je zuvor, weil auch hier eine Anpassung an die Verhältnisse notwendig ist. Zum 1. Oktober beginnen viele Zeitschriften einen neuen Jahrgang, und es ist deshalb die beste Gelegenheit, sich für die langen Winterabende Lesestoff zu beschaffen.

In der Zeitschriften-Abteilung der Buchhandlung Volksstimme ist von der schönsten und besten Unterhaltungsliteratur bis zu den schwierigsten wissenschaftlichen Problemen hin auf stets etwas vorrätig. Es ist deshalb für jeden empfehlenswert, einmal nachzusehen.

Advertisement for 'An unsre Austrägerinnen!' (To our carriers!) featuring 'Rassenstunden von 8 bis 2 Uhr' (Race hours from 8 to 2 o'clock) and 'Berlag der „Volksstimme“' (Publisher: 'The People's Voice').

Zahlung eines fünften Vorschusses auf die Verjüngungsgebühren. Ehemaligen Schutzpolizisten und Angehörigen sowie deren Hinterbliebenen, denen der Minister des Innern im Einverständnis mit dem Finanzminister Verjüngungsgebühren vorläufig bewilligt hat...

Gehaltsregelung im Baugewerbe. Die aus dem Zentralverband der Angehörigen mittel, werden die für August vom Reichsarbeitsminister festgesetzten Ausgangsgehälter im September auf das 27fache erhöht.

Lohnbewegung im Transportgewerbe. Die neuen Lohnsätze für diese Woche können vom Freitag an im Verbandsbureau abgeholt werden.

Zur dringenden Beachtung für unsre Leser.

Das Notgeld und die „Volksstimme“. Die Umlaufzeit für das Notgeld der Verbandsvertriebe ist sicherlich in allen Fällen abgelaufen. Das Umschleichen gegen Reichsbanknoten muß deswegen in den Kontoren der Betriebe selbst geschehen.

Das Fräulein von Scuderi.

Erzählung von E. L. A. Hoffmann.

In der Straße St. Honoré war das kleine Haus gelegen, das Magdalena von Scuderi, bekannt durch ihre anmutigen Verle, durch die Kunst Ludwigs 14. und der Maintenon bewohnte.

Spät im Mitternacht — es mochte im Herbst des Jahres 1680 sein — wurde an dieses Haus hart und heftig angegeschlagen. Das es im ganzen für laut widerhallte. — Baptiste, der in des Fräuleins kleinem Hausstall Koch, Bedienten und Türhüter zugleich vorstellte, war mit Erlaubnis seiner Herrschaft über Land gegangen zur Hochzeit seiner Schwester, und so kam es, daß die Martinière, des Fräuleins Kammerfrau, allein im Hause nach wachte.

Fräulein wollt Sie sprechen mitten in der Nacht? Wagt Sie denn nicht, daß Sie länger schlaf, und daß ich Sie um keinen Preis wecken werde aus dem ersten süßesten Schlummer, dessen Sie in Ihren Jahren noch bedarf!

Sowie sie die Tür kaum geöffnet, drängte sich ungestüm die im Mantel gehüllte Gestalt hinein und rief, an der Martinière vorbeischießend in den Flur, mit wilder Stimme: Hüte mich zu Euerem Fräulein! Ertröhrend hob die Martinière den Leuchter in die Höhe, und der Kerzenflimmer fiel in ein todbleiches, furchbar entstelltes Jünglingsantlitz.

Redeverbot gegen Polizeioberst Genossen Schülinger. In den beiden öffentlichen Versammlungen der Deutschen Friedensgesellschaft am Freitag abend sollte unter anderm auch der schärfste Polizeioberst Genosse Schülinger sprechen.

Verbot des gewerbmäßigen Musizierens der Beamten. Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt mit: Nach einer Verfügung des Ministers des Innern hat das preussische Staatsministerium die folgenden Grundzüge für die Genehmigung zum Musizieren der Beamten beschlossen.

Übertragung der Geschäfte der Mieteinigungsämter auf die Amtsgerichte. Der „Amtliche Preussische Pressedienst“ teilt mit: Diejenigen Amtsgerichte, denen auf Grund der Mieterschutzbewerbung die Geschäfte der Mieteinigungsämter übertragen worden sind, haben nach einer Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt diese Geschäfte auch nach dem 1. Oktober 1923 wahrzunehmen.

Die Urliste der zur Berufung als Schöffen und Geschworenen sich eignenden Personen wird auf Grund der §§ 36 und 37 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 20. Mai 1893 in der Zeit vom 8. bis einschließlich 15. Oktober 1923 von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in unterm Wahlamt, Spiegelstraße Nr. 1/2, 1. Treppe, Zimmer 12, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Schirme zu vermieten! Die Meinung besteht in Brüssel. Dort kann sich gegen einen geringen jährlichen Beitrag jeder Belagerer in eine Geschäft aufnehmen lassen, die überall in den Tabakgeschäften Schirme hinterlegt hat, die zur Benutzung der Abonnenten freistehen.

Die Entschädigung der Ständesbeamten. Mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. sind, dem Amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, nach einer Verfügung des Ministers des Innern den staatlich besoldeten Ständesbeamten statt 10 000 Mark 1 Million Mark jährlich Entschädigung für je 1000 Einwohner des Ständesamtsbezirks und den Ständesbeamten-Stellvertretern 6000 Mark für jeden von ihnen ausgenommenen Ständesfall zu zahlen.

griff nach dem Stilet. Die Martinière befohl im stillen ihre Seele dem Herrn, doch blieb sie standhaft und sah dem Menschen fest ins Auge, indem sie sich selber an die Tür des Gemachs drückte, durch das der Mensch gehen mußte, um zu dem Fräulein zu gelangen. — Laßt mich zu Euerem Fräulein, sage ich Euch! rief der Mensch nochmals. — Tut, was Ihr wollt, erwiderte die Martinière, ich weiche nicht von diesem Fleck, vollendet nur die böse Tat, die Ihr begonnen, auch Ihr werdet den schmachvollen Tod finden auf dem Gräbeplatz, wie Eure verruchten Spießgesellen.

*) Die Verse von E. L. A. Hoffmann sind in einer schönen Gesamtausgabe und in Einzelausgaben in der Buchhandlung Volksstimme zu haben.

(Fortsetzung folgt.)

